

GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Jahre regiert nun Angela Merkel unser Land. Zwei Jahre, die nicht nur außen- und europapolitisch unser Land vorangebracht haben, sondern auch innenpolitisch. Wirtschaftswachstum und geringere Arbeitslosenzahlen, konsolidierter Haushalt und starkes innenpolitisches Engagement sind einige Schlaglichter. Ganz besonders deutlich werden Fortschritte in der Frauen- und Familienpolitik. In den vergangenen gut 20 Monaten wurde mehr erreicht, als in den letzten zehn Jahren zusammen: steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, Einführung des Elterngeldes und Schaffung von Betreuungsplätzen für unter 3jährige Kinder.

Die Integration von Migrantinnen nimmt in ihrer Bedeutung weiter zu. Zur Vorbereitung des zweiten Integrationsgipfels der Bundeskanzlerin am 12. Juli hatte die Fraktion im Vorfeld zum Expertengespräch „Integration fördern und verbessern – Situation von Frauen und Mädchen verbessern“ eingeladen.

Auch in dieser Ausgabe dürfen wir Ihnen wieder fünf weitere Mitglieder der Gruppe der Frauen vorstellen; diesmal dabei: Hildgard Müller, Rita Pawelski, Sibylle Pfeiffer, Beatrix Philipp und Katherina Reiche.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre



Monika Grütters ist seit September 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und auch Mitglied der Gruppe der Frauen der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag.

Doppelte Zahl der Väter in Elternzeit

Insgesamt wurden nach Informationen des Statistischen Bundesamtes in den ersten drei Monaten des Jahres 2007 rund 60.000 Anträge auf Elterngeld bewilligt, darunter im Schnitt bundesweit pro Monat rund 1.330 Anträge von Vätern. Damit wurden rund 7 Prozent aller Elterngeldanträge für Väter gewährt. Beim Erziehungsgeld, das Ende 2006 ausgelaufen ist, lag der Anteil der Bewilligungen für Väter im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres mit 3,5 Prozent nur halb so hoch. 30 Prozent der Väter, deren Anträge im ersten Quartal 2007 bewilligt wurden, nahmen Elterngeld für 12 Monate in Anspruch, knapp die Hälfte (47 Prozent) für zwei Monate. Von den Müttern nahmen 86 Prozent für zwölf Monate Elterngeld in Anspruch, weitere 6 Prozent für elf Monate.

Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.05.2007

3 Fragen an...

Prof. Dr. Maria Böhmer

Staatsministerin im Bundeskanzleramt
Beauftragte für Migration, Integration und Flüchtlinge
Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU



1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Moderne Frauenpolitik bedeutet für mich als Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU in erster Linie Querschnittspolitik. Frauen erwarten eine verlässliche Politik, die sich zum Ziel setzt, die Wirtschaft voranzubringen, die Alternative „Beruf oder Familie“ zu überwinden, nachhaltige Reformen in der Rente und der Gesundheit durchzusetzen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft zu erringen. Wir brauchen auch weiterhin eine aktive Frauenpolitik. Die Frauen Union der CDU versteht sich als Motor, die Anliegen von Frauen in der CDU und in der Politik durchzusetzen. Dazu gehört auch aktives Networking und Mentoring. Wir sind eine starke und moderne politische Kraft, die Einfluss nimmt, Entscheidungen befördert und Veränderungen bewirkt. Für ein faires Miteinander. Für eine partnerschaftliche Gesellschaft.

2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Zu einer modernen Familienpolitik gehören eine familienfreundliche Arbeitswelt und geeignete Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur wenn die Balance zwischen Familie und Beruf gelingt, werden sich wieder mehr junge Menschen für Kinder entscheiden. Es geht darum, echte Wahlfreiheit zu schaffen, damit Eltern entscheiden können, ob und wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Junge Frauen wünschen sich heute ganz überwiegend eine möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, wie sie in vielen unserer Nachbarstaaten bereits gelebt wird. Junge Männer wollen nicht länger nur Ernährer sein und Karriere machen, sondern sich aktiv an der Kinderbetreuung und -erziehung beteiligen.

Die Bundesregierung hat mit der Einführung des Elterngelds, der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Kinder unter drei Jahren, der Stärkung des Arbeitsplatzes Privathaushalt und der „Allianz für Familien“ mit der Wirtschaft die Rahmenbedingungen dafür nachhaltig verbessert. Darüber hinaus sollen weitere Hemmschwellen abgebaut werden: Bei der für Frauen nachteiligen Lohnsteuerklasse V zeigt das jahrelange Drängen der Frauen Union endlich Erfolg. Die Lohnsteuerklasse V soll durch ein Anteilsverfahren ersetzt werden und so bald der Vergan-genheit angehören.

3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Als Mitglied der Gruppe der Frauen wünsche ich mir von uns die Durchsetzung einer modernen Politik für Frauen. Wir müssen am Ball bleiben, uns den gesellschaftlichen Entwicklungen stellen, die Anliegen der Frauen aufgreifen und den frauenpolitischen Fokus in die Gesetzgebungsverfahren einbringen. Die Gruppe der Frauen geht den richtigen Weg. Mit Expertengesprächen, beispielsweise zu Frauen mit Migrationshintergrund, oder Initiativanträgen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen und beruflichen Bereich, nimmt die Gruppe der Frauen ihre Verantwortung für die Frauen wahr. Sie bestimmt Politikinhalte und findet sich in den Ergebnissen der Politikgestaltung wieder. Die Gruppe der Frauen wird auch in Zukunft Streiterin für eine moderne Gesellschaft- und Frauenpolitik sein.

>>> VORSTELLUNG DER MITGLIEDER DER GRUPPE DER FRAUEN

Name: Hildegard Müller
Geburtsdatum: 29. Juni 1967
Landesgruppe: Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis: Düsseldorf I (WK - Nr.: 107)
Funktionen: - Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin
(Amt bis zum 31.12.2007 wegen Elternzeit ruhend)
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:
- Bund-Länder-Koordination
- Bürokratie-Abbau



Name: Rita Pawelski
Geburtsdatum: 29. Oktober 1948
Landesgruppe: Niedersachsen
Wahlkreis: Hannover Stadt I (WK - Nr.: 41)
Funktionen: - Beisitzerin im Fraktionsvorstand
- Stellv. Sprecherin der Landesgruppe Niedersachsen
- Stellv. Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:
- Wirtschaft und Technologie
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:
- Kultur und Medien
- Unterausschuss neue Medien
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:
- AfWT: Dienstleistung, Kulturwirtschaft, Familienpolitik
- AfKM: Filmförderung, Situation des dtsh. Kunstmarktes



Name: Sibylle Pfeiffer
Geburtsdatum: 16. Oktober 1951
Landesgruppe: Hessen
Wahlkreis: Lahn-Dill (WK - Nr.: 174)
Funktionen: - Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:
- Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:
- Gesundheit
- Weltbevölkerungsfragen
- Mongolei
- China
- Korea
- Bangladesch



Name: Beatrix Philipp
Geburtsdatum: 07. Juli 1945
Landesgruppe: Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis: Düsseldorf II (WK - Nr.: 108)
Funktionen: - Stellv. Landesgruppen- Vorsitzende
 - Schriftführerin
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:
 - Inneres
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:
 - Gesundheit
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:
 - Zivil- und Katastrophenschutz
 - Datenschutz
 - Babyklappe / anonyme Geburt



Name: Katherina Reiche
Geburtsdatum: 16. Juli 1973
Landesgruppe: Brandenburg
Wahlkreis: Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II
 (WK - Nr.: 61)
Funktionen: Stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 für Bildung, Forschung u. Umwelt
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:
 - Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit
 - Bildung und Forschung
 - Verbraucherschutz



EU erweitert Programm gegen Gewalt an Frauen

Der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament haben das Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche ausgeweitet. Für die Jahre 2007 bis 2013 werden rund 116 Millionen Euro zur Verfügung stehen, damit wurde der ursprüngliche Etat für die Jahre 2003 bis 2007 mehr als verdoppelt. Mit dem Programm „Daphne III“ werden unter anderem Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und Opferschutzprogramme finanziert sowie Forschungszentren, Behörden, Hochschulen und gemeinnützige Einrichtungen unterstützt.

Weitere Informationen (in englischer Sprache) unter:
http://ec.europa.eu/justice_home/funding/2004_2007/daphne/funding_daphne_en.htm

Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs empfohlen

Die ständige Impfkommission des Robert-Koch-Instituts (STIKO) hat jungen Frauen eine Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs empfohlen. In Deutschland erkranken jedes Jahr rund 6.500 Frauen an Gebärmutterhalskrebs, 1.160 Patientinnen sind im Jahr 2004 an dieser Krebsform gestorben. Der Impfstoff, der seit September 2006 in Deutschland zugelassen ist, schützt vor zwei der Virentypen, die Tumore auslösen können. Viele gesetzliche Krankenkassen haben die Impfung bereits in ihren Leistungskatalog übernommen.

Weitere Informationen unter: www.rki.de
 Epidemiologisches Bulletin 12/2007

Situation von Migrantinnen verbessern

Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund müssen ein selbstbestimmtes Leben nach den Werten und Regeln unserer Gesellschaft führen können. Sonst kann Integration nicht gelingen. Das ist das zentrale Ergebnis des Expertengesprächs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Integration fordern und fördern – Situation von Frauen und Mädchen verbessern“ am 4. Juli 2007. Bildung, Arbeit und Sport sind Bausteine, die Selbstbewusstsein und persönliche Unabhängigkeit schaffen. Sprachkenntnisse sind dafür die Grundvoraussetzung. Immer wieder wurde in der Diskussion betont: zur Integration gehört fördern und fordern.



Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein Gebot der Menschenrechte und des Grundgesetzes. Im alltäglichen Leben wird gegen diesen Grundsatz teilweise verstoßen: Schülerinnen mit Migrationshintergrund dürfen an Klassenfahrten oder am Sportunterricht nicht teilnehmen, Mädchen unterliegen besonderen Verhaltensvorschriften, Frauen werden am Erlernen der deutschen Sprache gehindert und in ihren Kontakten eingeschränkt. Manche Mädchen und Frauen erleben Gewalt in der Familie bis hin zu Zwangsverheiratungen. Erfolgreiche Integrationspolitik sieht eine wichtige Aufgabe in der Unterstützung von Frauen mit Migrationshintergrund. Es sind gerade Frauen, die in Beruf und Familie, aber auch mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement die Integration der nächsten Generation entscheidend prägen. Deshalb müssen wir ihre Potenziale stärken. Ihre Möglichkeiten zur sozialen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe müssen verbessert werden. Dies sollte so früh wie möglich auch in Schule und Ausbildung beginnen. Integrationspolitische Maßnahmen müssen gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden. So wird zugleich die Gleichberechtigung der Geschlechter, die im Grundgesetz an zentraler Stelle verankert ist, gestärkt und im Alltag verwirklicht. Häusliche Gewalt, einschließlich spezifischer Formen von Gewalt wie etwa Genitalverstümmelung und Zwangsverheiratung, betreffen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund vielfach in besonderer Weise. Die Prävention und der Schutz vor diesen Formen der Gewalt werden fortgeführt und verstärkt.

„Girls’ Day“ bei CDU/CSU-Fraktion

In diesem Jahr beteiligte sich zum ersten Mal die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am Girls’ Day und führte Schülerinnen durch die verschiedenen Bereiche der Fraktion. Auf technischer Seite stellten die Schülerinnen der Klassen sechs bis zehn in der Fraktionsdruckerei eine Visitenkarte her, schraubten in der EDV-Abteilung Computer auseinander und lernten in der Internet-Redaktion Redaktionsprogramme kennen. Des Weiteren lernten die Mädchen die Arbeit der Personalabteilung, der Bürgerkommunikation sowie des Personalrats kennen. Fraktionsvorsitzender Volker Kauder begrüßte die Schülerinnen während ihrer Station in der EDV-Abteilung.



Mittags trafen die Mädchen den Vorstand der Gruppe der Frauen und hatten dabei die Möglichkeit, ihre Fragen über die parlamentarische Arbeit der Abgeordneten zu stellen. Auch weitere Mitglieder der Gruppe der Frauen nutzten einen gemeinsamen Termin, um „ihre“ Girls’ Day-Schülerinnen kennenzulernen. Nach Abschluss des "Arbeitstages" gab es für die Mädchen bei strahlendem Sonnenschein eine der begehrten Reichstagsführungen.

Heinen/Möllring: Zusätzliches Anteilsverfahren bei Lohnsteuer zugunsten der Frauen

Anlässlich der aktuellen Diskussion um eine Änderung der Steuerklasse V erklären die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB, und die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Eva Möllring MdB, am 25. Mai 2007:

Die derzeitige Regelung der Steuerklassen III und V lohnt sich vor allem für Paare, in denen ein Partner mehr verdient als der andere. Die betrifft häufig Frauen, die zum Beispiel aufgrund der Betreuung der Familie einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. So haben in Deutschland 36,3 Prozent der erwerbstätigen Frauen Teilzeitjobs, während fast alle arbeitenden Männer vollzeitbeschäftigt sind.

Bisher war es für diese Frauen günstig, sich in die schlechtere Steuerklasse V eingruppierten zu lassen, damit das Gehalt des besser verdienenden Partners nach der günstigeren Steuerklasse III berechnet wird. Da sich aber auch der Anspruch auf Sozialleistungen an dem letzten Nettolohn orientiert, wirkt sich die Steuerklasse V in einer Benachteiligung der Frauen auch langfristig aus.

Durch die Einführung eines freiwilligen zusätzlichen Anteilsverfahrens bei der Lohnsteuer hätten Ehepartner die Möglichkeit, bei der Lohnsteuer nur ihren tatsächlichen Anteil am gesamten Familieneinkommen besteuern zu lassen. Dies darf allerdings nicht zu einer höheren Bürokratiebelastung der Arbeitgeber führen. Dann könnten Ehefrauen mit deutlich geringerem Einkommen als ihre Partner die eigene Steuerlast senken. Durch die gerechte Verteilung der Steuerlast würde sich auch die Berufstätigkeit bei einem kleinen Einkommen rentieren.

Heinen/Aigner: Frauenkarrieren an Hochschulen fördern

Anlässlich des Expertengesprächs mit Präsidentinnen und Rektorinnen deutscher Hochschulen erklären die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB, und die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, Ilse Aigner MdB, am 21. Juni 2007:

Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor unterrepräsentiert. Während der Frauenanteil in privat und öffentlich finanzierter Forschung im Durchschnitt der EU-Länder bei 29 Prozent liegt (an der Spitze stehen Lettland und Litauen mit 53 bzw. 48 Prozent), liegt er in Deutschland bei nur 19 Prozent. Bei Promotion und Habilitation ist der Frauenanteil mit 39 Prozent bzw. 22 Prozent noch relativ hoch. Ein starker Einbruch des Frauenanteils ist bei der Besetzung der Professuren zu beobachten. Hier gilt: je höher die Besoldungsstufe, desto geringer ist der Anteil der Frauen. Nicht einmal jede zehnte C4/W3-Professur ist von einer Frau besetzt. Um diese Zahlen für Deutschland zu verbessern, müssen Hochschulen und Politik an einem Strang ziehen.

Deshalb hat die Gruppe der Frauen Präsidentinnen und Rektorinnen deutscher Hochschulen eingeladen, um gemeinsam mit ihnen, Bundesbildungsministerin, Dr. Annette Schavan, und den Fachpolitikerinnen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsame Strategien zu entwickeln, mit denen der Frauenanteil bei Hochschulkarrieren vergrößert werden kann.

Frauen gewinnen! Kampagnenauftakt in Berlin

Am 20. Juni fand im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin die Auftaktveranstaltung zur Kampagne „Frauen gewinnen!“ statt. Unter dem Motto „Frauen gewinnen! Ohne Frauen läuft nichts!“ hat sich die CDU als moderne, aufgeschlossene und weltgewandte Partei präsentiert, in der die Mitarbeit von Frauen besonders gewünscht ist. Während andere Parteien lediglich von Gleichberechtigung reden, stellt die CDU mit Angela Merkel die erste Bundeskanzlerin Deutschlands. Die Frauen in der CDU haben viel erreicht. Aber sie wollen sich damit noch lange nicht zufrieden geben. Als Volkspartei der Mitte erhebt die CDU den Anspruch, die Gesellschaft als Ganzes widerzuspiegeln.



Das gemeinsame Ziel ist es, den Frauenanteil in der CDU und die Zahl der Amts- und Mandatsträgerinnen deutlich zu erhöhen. Über geeignete Maßnahmen haben die Vorsitzende der Frauen Union der CDU, Maria Böhmer, die Bundesministerinnen Ursula von der Leyen und Annette Schavan, die erste Innenministerin eines Bundeslandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Deutschlands jüngste Landrätin, Kathrin Knuth, und die

Kreisvorsitzende der Frauen Union Nordfriesland, Astrid Damerow, zusammen mit dem Generalsekretär der CDU, Ronald Pofalla, und über 400 geladenen Gästen diskutiert.

Die Veranstaltung soll einen Auftakt zu vielen weiteren bilden. Alle Landes-, Kreis- und Ortsverbände sind aufgerufen, vor Ort Veranstaltungen zu organisieren, die sich speziell an Frauen wenden. Im Rahmen der bundesweiten Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen. Mitglied werden“ hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit der Frauen Union Materialien erarbeitet, die Hilfestellung bei der Organisation und Durchführung der Aktion vor Ort geben sollen. Diese finden Sie zum Download im Mitgliedernetz der Frauen Union und der CDU.

Einigung des Koalitionsausschusses zum Ausbau der Kinderbetreuung

Die Einigung im Koalitionsausschuss zum Ausbau der Kinderbetreuung und dem Angebot eines Betreuungsgeldes ist ein hoffnungsvolles Signal an die Familien in Deutschland. Mit der Beteiligung des Bundes an den Kosten des Ausbaus der Kinderbetreuung für unter Dreijährige auf 750.000 Plätze bis zum Jahr 2013 setzt die Politik ein Zeichen, dass die Familien bei der Kinderbetreuung auf eine verlässliche Hilfestellung bauen können.

Eltern müssen die Freiheit haben zu entscheiden, ob sie ihr Kind selbst betreuen, eine institutionelle Betreuungseinrichtung wie die Kinderkrippe oder eine familienähnliche Betreuungsform wie die Kindertagespflege wählen. Staat und Politik haben die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Eltern ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können.

Neben dem quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung benötigen wir aber auch eine Qualitätsoffensive. Dabei bedarf es vor allem der Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern und der Qualifizierung in der Kindertagespflege (Tagesmütter/-väter). Dies ist der nächste Schritt, mit dem wir den Familien zeigen können, dass sie in einem familienfreundlichen Land leben.

Neues Aufenthaltsgesetz hilft Opfern von Zwangsverheiratung

Von Michaela Noll MdB

Am 14. Juni 2007 hat der Deutsche Bundestag Änderungen im Zuwanderungsrecht beschlossen. Mit dem Gesetzesentwurf wurden in erster Linie elf EU-Richtlinien umgesetzt. Aus frauenpolitischer Sicht sind mehrere Aspekte von besonderer Bedeutung. Während der gesamten 1 ½-jährigen Verhandlung wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die neu eingeführte Voraussetzung einfacher Deutschkenntnisse vor Ehegattennachzug das Kernstück der politischen Forderung der Union darstellt, weil dies einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Integration von nachziehenden Frauen darstellt.

Darüber hinaus wird die Situation von Opfern von Menschenhandel verbessert. Sie erhalten nun vorübergehendes Aufenthaltsrecht zur Mitwirkung im Strafverfahren und dazu im Vorfeld eine Bedenkzeit von vier Wochen.

Zum zweiten werden Frauen besser vor Zwangsverheiratung geschützt. Eine Zwangsheirat liegt vor, wenn mindestens einer der zukünftigen Ehepartner durch eine Drucksituation durch Eltern, Familie, Verlobte oder Schwiegereltern zur Ehe gezwungen wird. Meistens sind Mädchen und Frauen die Opfer. Im Rahmen der Zwangsverheiratung kann zwischen vier Formen unterschieden werden:

1. Die in Deutschland lebenden jungen Leute mit Migrationshintergrund werden untereinander verheiratet.
2. Die in Deutschland lebenden Männer mit Migrationshintergrund heiraten Mädchen und jungen Frauen aus dem Herkunftsland, auch so genannte Importbräute.
3. Mädchen oder Jungen werden im Wege der so genannten „Ferienverheiratung“ in ihrem Herkunftsland oder dem Herkunftsland ihrer Eltern, wo sie üblicherweise die Ferien verbringen, verlobt und verheiratet, ohne vorher darüber informiert zu sein und müssen gegen ihren Willen im Ausland verbleiben (Heiratsverschleppung).
4. Die in Deutschland mit gesichertem Aufenthaltsstatus lebende Frau wird häufig während eines Urlaubs in ihrem Herkunftsstaat von ihrer eigenen Familie einem noch im Ausland lebenden Landsmann versprochen. Die Frau ist Mittel zur legalen Einwanderung.

Durch die Anhebung des Nachzugsalters auf 18 Jahre wird der Anreiz, eine Zwangsverheiratung zu schließen, verringert. Denn nach Erfahrung der Ausländerbehörden sind türkische Ehefrauen, die zu ihrem Ehepartner einreisen wollen, zum Teil minderjährig. Allen gemeinsam sind die komplett fehlenden deutschen Sprachkenntnisse.

Drittens fordern wir mit dem neuen Gesetz den Nachweis einfacher Deutschkenntnisse vor Einreise ein. Deutsche Sprachkenntnisse sind Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration und die Fähigkeit im Falle von Zwangsverheiratung, Beratungsangebote oder Hilfe der Sicherheitsbehörden überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Wir wollen, dass Frauen mit ihrem Zuzug nach Deutschland nicht in eine Parallelgesellschaft abtauchen, sondern sich mit dem Spracherwerb vor Einreise auch intensiver auf das ihnen fremde Land vorbereiten. Durch das Erfordernis des Nachweises einfacher Deutschkenntnisse vor dem Ehegattennachzug verbessern wir die Integration junger Frauen und stärken sie, sich gegen Zwangsehen besser zur Wehr zu setzen.

G8-Parlamentarierkonferenz: Frauen bei Aids-Prävention stärken

Von Antje Blumenthal MdB

Die gute Nachricht vorweg: Auf dem G8-Gipfel sind Hilfen in Höhe von 60 Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose zugesagt worden.



Doch die schlechte Nachricht folgt auf dem Fuße: Diese Hilfen sind wahrlich dringend nötig, denn besonders die Lage von Frauen in Entwicklungsländern ist äußerst prekär. Gerade Mädchen und junge Frauen sind in vielen Teilen Afrikas viel stärker von Armut, schlechten Bildungschancen und in der Konsequenz auch von HIV/Aids betroffen als ihre männlichen Altersgenossen. In einigen Gebieten kommen auf einen infizierten Mann vier infizierte Frauen. Dies war ein Thema, über das Abgeordnete aus Asien, Afrika und Europa im Vorfeld des G8-Gipfels auf einer Parlamentarierkonferenz am 30. und 31. Mai diskutierten. Gemeinsam haben sie über aktuelle Tendenzen und Strategien zur Bekämpfung der HIV/Aids-Epidemie in Afrika beraten und Empfehlungen für den G8-Gipfel zur Prävention der Krankheit erarbeitet.

Ein großes Problem ist, dass derzeit viele laufende Programme Frauen nicht oder nur unzureichend erreichen. Deshalb ist es wichtig, diese Zielgruppe stärker in den Fokus von Aids-Prävention zu stellen. Frauen spielen eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der todbringenden Krankheit. Ihnen einen besseren Zugang zu Verhütungsmethoden und Aufklärung über Übertragungswege des HI-Virus zu geben, sind entscheidend, wenn die Krankheit effektiv bekämpft werden soll. Doch nur wenn der Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Ressourcen, Entscheidungsfreiheit sowie die Bereitstellung von Gesundheitsinformationen und entsprechenden Dienstleistungen mit HIV-Prävention verknüpft werden, sind nachhaltige Erfolge zu erwarten.

Viele Frauen befinden sich in einem Teufelskreis aus zu geringer Bildung und wenig sozialem und wirtschaftlichem Handlungsspielraum. Ihnen widerfährt häufig sexuelle Gewalt und „Liebedienste“ werden oft als einziger Ausweg aus der finanziellen Misere betrachtet. Hinzu kommt, dass Mädchen oft mit circa 14 Jahren durch Heirat oder nötige Mithilfe im Haushalt von der „öffentlichen“ Bildfläche verschwinden. Sie kommen dann nicht mehr zur Schule und sind auch sonst nicht mehr durch Präventionsmaßnahmen zu erreichen. Deshalb ist es besonders wichtig, Mädchen frühzeitig über ihr Recht aufzuklären, selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden zu können. Auch müssen sie in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und Perspektiven für ihre Zukunft aufgezeigt werden. Die Bekämpfung der Frauenarmut durch mehr Bildung ist folglich ein essentieller Schritt für eine wirksame Aids-Prävention.

Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen der furchtbaren Krankheit sind eklatant. Aids vernichtet große Teile der jungen Generation. Durch die extremen Todesraten in jungen Altersgruppen ist vorhersehbar, dass eine ganze Generation von Aidswaisen heranwachsen wird. In der durch Aids schrumpfenden Altersgruppe fehlen dann wiederum Arbeitskräfte im öffentlichen Sektor ebenso wie in der Wirtschaft und im Bildungssystem. Die Auswirkungen sind dramatisch: Es fehlt an qualifizierten Arbeitskräften, die die wirtschaftliche Entwicklung antreiben. Aids in ihrer todbringenden Grausamkeit zuzulassen bedeutet, den Teufelskreis aus Armut, Krankheit und Abhängigkeit anzufeuern.

Mit den 60 Milliarden US-Dollar, die für die kommenden Jahre zugesichert wurden, haben wir die große Verantwortung, an den richtigen Stellen mit Prävention, Behandlung von Kranken und Entwicklung von Impfstoffen für Linderung des Leids zu sorgen.

Zitat des Monats

Fraktionsvorsitzender Volker Kauder in der Bild am Sonntag vom 10. Juni 2007 zur Integrationspolitik:

"Es darf nicht sein, dass in Deutschland junge Frauen aufwachsen, denen nicht die gleichen Chancen wie ihren Brüdern gegeben werden. Das dürfen wir als Christliche Demokraten nicht hinnehmen! Wer mit seiner Familie in dieses Land kommt, der muss wissen, dass bei uns Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer."

Ungleiche Bezahlung

Die Klage des Betriebsrats der Süderelbe Logistik GmbH auf gleiche Bezahlung von Männern und Frauen endete am 5. Juli 2007 mit einem Vergleich: Die neun Mitarbeiterinnen werden rückwirkend zum 1. Dezember 2006 umgruppiert und entsprechend besser bezahlt.

Die Süderelbe Logistik GmbH hatte systematisch ihre Mitarbeiter je nach Geschlecht nach unterschiedlichen Tarifverträgen vergütet. Dadurch verdienten Frauen bei gleicher Tätigkeit bis zu 300 Euro monatlich weniger als ihre männlichen Kollegen.

*afp, Meldung vom 05.07.2007
Arbeitsgericht Hamburg, Az 17 BV 2/07*

- TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

Nach der Sommerpause

Donnerstag, 13. September 2007, 13.15 Uhr:
Michaela Noll MdB zum Fraktionsantrag „Häusliche Gewalt gegen Frauen weiter konsequent umsetzen“

Donnerstag, 20. September 2007, 13.15 Uhr:
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Michael Meister MdB zur Familienbesteuerung

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ursula Heinen MdB
Redaktion: Miriam Rado
(verantwortl.)
Telefon (030) 227 58957
Telefax (030) 227 56093
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de
www.cducsu.de/gdf